

No. 38546

**Federal Republic of Germany
and
Spain**

Agreement between Spain and the Federal Republic of Germany concerning certain consequences of World War II (with additional protocol). Madrid, 8 April 1958

Entry into force: *2 July 1959 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 11*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 18 July 2002*

**République fédérale d'Allemagne
et
Espagne**

Accord entre l'Espagne et la République fédérale d'Allemagne relatif à certains effets de la Seconde Guerre mondiale (avec protocole additionnel). Madrid, 8 avril 1958

Entrée en vigueur : *2 juillet 1959 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 11*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 18 juillet 2002*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien
über gewisse Auswirkungen des zweiten Weltkrieges**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
SPANIEN,

IN DER ERWAGUNG, den in Folge des zweiten Weltkrieges hinsichtlich bestimmter deutscher Vermögenswerte in Spanien eingetretenen Zustand zu beenden und die Anwendung der deutschen Lastenausgleichsgesetzgebung auf spanische Staatsangehörige zu regeln und zur Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, sowie

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG des Protokolls nebst dazugehörigen Anlagen, mittels dessen die Regierungen Spaniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, der französischen Republik und des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland das Madrider Abkommen vom 10. Mai 1948 aufheben,

HABEN FOLGENDES ABKOMMEN VEREINBART:

Artikel 1

Mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens:

1. ist die Sperre aller deutschen Vermögenswerte aufgehoben und wirkungslos, die dem Gesetz vom 17. Juli 1945 unterliegen und unter die Bestimmungen des Gesetzesdekrets vom 23. April 1948 fallen, welches in Zukunft auf deutsche Staatsangehörige nicht mehr Anwendung findet. Die Strafbestimmungen der vorerwähnten Gesetze werden ebenfalls nicht mehr angewendet.
2. wird die Einstellung aller anhängigen Verfahren verfügt, die in Anwendung des Gesetzesdekrets vom 23. April 1948 eingeleitet wurden.
3. ist das Verbot der Übertragung des Eigentums an deutschen Vermögenswerten, die in Anwendung des Gesetzesdekrets vom 23. April 1948 veräußert wurden, an natürliche oder juristische Personen deutscher Staatsangehörigkeit aufgehoben, wobei für diese die allgemeine spanische Gesetzgebung gilt.

Artikel 2

Gewerbliche Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen deutscher und spanischer natürlicher und juristischer Personen werden nach Maßgabe eines besonderen Abkommens zwischen den Vertragsstaaten wiederhergestellt. Ferner werden durch das vorgenannte Abkommen die Prioritätsfristen für die Einreichung von Anmeldungen gewerblicher Schutzrechte verlängert.

Artikel 3

Die spanische Regierung überträgt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder den von ihr bezeichneten juristischen Personen unentgeltlich das Eigentum an den früheren deutschen Liegenschaften, die auf den spanischen Staat übergegangen sind.

Artikel 4

(1) Personen, die am 21. Juni 1948 die spanische Staatsangehörigkeit besessen haben, genießen beim deutschen Lastenausgleich die gleiche Behandlung, wie sie den Angehörigen der meistbegünstigten Nation auf diesem Gebiet zusteht.

(2) Entsprechendes gilt für die nach deutschem Recht selbständig abgabepflichtigen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach spanischem Recht errichtet worden sind.

Artikel 5

Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der einmaligen Abgaben vom Vermögen, ausschließlich der Erbschaftsteuern, gilt folgendes:

(1) Natürliche Personen, die am 21. Juni 1948 die spanische Staatsangehörigkeit besessen und ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland gehabt haben, unterliegen mit ihrem in Spanien belegenen Vermögen nicht der Vermögensabgabe.

(2) Als Vermögen im Sinne des vorstehenden Absatzes gilt das am 21. Juni 1948 in Spanien belegene Vermögen, soweit es bestand aus:

- a) unbeweglichem Vermögen, einschließlich Zubehör;
- b) dinglichen Rechten an in Spanien belegenen Grundstücken;
- c) Vermögen, das einer in Spanien unterhaltenen Betriebsstätte eines gewerblichen Unternehmens dient;
- d) dem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient;
- e) in Spanien eingetragenen immateriellen Rechten;
- f) Aktien, Anteilscheinen und sonstigen Wertpapieren, Banknoten und sonstigen beweglichen Vermögenswerten;
- g) von Gesellschaften mit Sitz in Spanien ausgegebenen Aktien, und dies selbst dann, wenn die Titel am 21. Juni 1948 in der Bundesrepublik Deutschland lagen;
- h) Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften, die ihren Sitz am 21. Juni 1948 in Spanien hatten;
- i) Forderungen und Guthaben, einschließlich Obligationen, Schuldscheinen, Wechselforderungen und Versicherungsansprüchen, sofern der Schuldner seinen Wohnsitz am 21. Juni 1948 in Spanien hatte und die Forderungen nicht auf unbeweglichem Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland grundpfändlich sichergestellt waren.

(3) Gehörten Vermögenswerte im Sinne von Absatz 2 e) bis i) am 21. Juni 1948 zum Vermögen einer in der Bundesrepublik Deutschland befindlichen Betriebsstätte eines gewerblichen Unternehmens, so gelten diese Vermögenswerte nicht als in Spanien belegen.

(4) Soweit in diesem Artikel auf die Bundesrepublik Deutschland Bezug genommen wird, gilt das Land Berlin, nicht aber das Saarland, als eingeschlossen. Für die Zwecke der Absätze 2 und 3 tritt bei Abgabepflichtigen, die am 21. Juni 1948 ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Land Berlin hatten, an die Stelle des 21. Juni 1948 der 1. April 1949, soweit nicht eine DM-Eröffnungsbilanz auf den 21. Juni 1948 vorliegt.

Artikel 6

Die Vergünstigungen nach den Artikeln 4 und 5 werden für Abgaben, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens bereits entstanden sind, nur auf Antrag gewährt. Der Antrag muß innerhalb einer Frist von drei Jahren nach dem Tage des Inkrafttretens gestellt werden.

Artikel 7

(1) Deutsche Staatsangehörige werden in Spanien zu einmaligen Abgaben vom Vermögen, ausschließlich der Erbschaftsteuern, mit dem Teil ihres Vermögens nicht herangezogen, der in der Bundesrepublik Deutschland oder im Land Berlin belegen ist, für die Abgrenzung dieses Vermögens gilt Artikel 5 Absätze 2 und 3 sinngemäß.

(2) Die spanische Regierung ist berechtigt, die Vereinbarung des vorstehenden Absatzes zum Ablauf eines jeden Kalenderjahres, frühestens jedoch zum 31. Dezember 1970, zu kündigen.

Artikel 8

Über die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen, auf die sich die Artikel 4, 5 und 6 beziehen, entscheiden ausschließlich die nach der Lastenausgleichsgesetzgebung zuständigen deutschen Verwaltungsbehörden und Gerichte, während für die Auslegung und Anwendung des Artikels 7 Absatz 1 ausschließlich die spanischen Verwaltungsbehörden und Gerichte zuständig sind.

Artikel 9

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der beiden Vertragstaaten beigelegt werden. Soweit ein Streit auf diese Weise nicht beigelegt werden kann, ist er, vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 8, einem Vermittlungsausschuß zu unterwerfen.

(2) Der Vermittlungsausschuß wird sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzen, von denen jeder Vertragstaat zwei bestellt. Als Obmann bestellen die Vertragstaaten in gegenseitigem Einvernehmen den Angehörigen eines dritten Staates. Aufgabe des Vermittlungsausschusses ist die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Abkommens, die nicht in gegenseitigem Einvernehmen gelöst werden konnten.

Der Vermittlungsausschuß unterbreitet den Vertragstaaten zur Genehmigung den Vorschlag, der nach seinem Urteil im Hinblick auf die Auslegung und Anwendung dieses Abkommens dessen Grundsätzen am meisten entspricht. Wenn die Vertragstaaten den Vorschlag des Vermittlungsausschusses nicht annehmen, ist die Streitigkeit einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall in der Weise gebildet, daß jeder Vertragstaat einen Schiedsrichter bestellt und diese sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen. Werden die Schiedsrichter nicht innerhalb von zwei Monaten, der Obmann nicht innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die Absicht, das Schiedsgericht anzurufen, bekanntgegeben wurde, kann jeder Vertragstaat den Präsidenten des internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Für den Fall, daß der Präsident des internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragstaaten besitzt oder aus einem anderen Grunde verhindert ist, soll sein Stellvertreter im Amt die erforderlichen Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines eigenen Schiedsrichters, und die übrigen werden zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

Artikel 10

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung Spaniens innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden und zwar gleichzeitig mit den Ratifikationsurkunden für das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien über die Wiederherstellung gewerblicher Schutzrechte.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichnenden und hierzu gebührend bevollmächtigten Minister dieses Abkommen in je zwei Exemplaren in deutscher und in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in Madrid am 8. April 1958 unterzeichnet und gesiegelt.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

von Brentano

Für
Spanien
gezeichnet:

Fernando Castiella

Zusatzprotokoll

**DIE REGIERUNG
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
einerseits
und
DIE SPANISCHE REGIERUNG

andererseits

haben, in Ergänzung des am heutigen Tag unterzeichneten Abkommens „über gewisse Auswirkungen des zweiten Weltkrieges“, folgendes vereinbart:

In Ergänzung zu Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens „über gewisse Auswirkungen des zweiten Weltkrieges“, ist zu verstehen, daß dessen Bestimmungen auch für die nach deutschem Recht selbständig abgabepflichtigen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen gelten, die nach deutschem Recht errichtet worden sind und an denen die Personen, auf die sich Artikel 4 Absatz 1 bezieht, oder die vorerwähnten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen sowohl am 21. Juni 1948 als auch am 8. Mai 1945 entweder unmittelbar oder über andere Gesellschaften eine Beteiligung mindestens in der Höhe besessen haben, die bei der meistbegünstigten Nation Voraussetzung für die Gewährung der in der deutschen Gesetzgebung zum Lastenausgleich vorgesehenen Vergünstigung ist.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichnenden und hierzu gebührend bevollmächtigten Minister dieses Zusatzprotokoll in je zwei Exemplaren in deutscher und in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in Madrid am 8. April 1958 unterzeichnet.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
von Brentano

Für
Spanien
gezeichnet:
Fernando Castiella

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

**Convenio
entre España y la República Federal de Alemania
sobre ciertos efectos de la Segunda Guerra Mundial**

ESPAÑA

Y

LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA

CONSIDERANDO la conveniencia de poner término a la situación originada como consecuencia de la Segunda Guerra Mundial en relación con determinados bienes de propiedad alemana situados en España y de regular la aplicación de la legislación alemana sobre compensación de cargas de la guerra a los nacionales españoles, en beneficio de las relaciones amistosas entre ambos Estados,

TENIENDO EN CUENTA el Protocolo y los documentos anejos al mismo por los que el Gobierno de España, por una parte, y los de Estados Unidos de América, de Francia y del Reino Unido de la Gran Bretaña e Irlanda del Norte por otra, resuelvan definitivamente el Convenio de 10 de Mayo de 1958,

HAN CONVENIDO LO SIGUIENTE:

Artículo 1.º

A partir de la fecha de entrada en vigor del presente Convenio:

1. — Se levantará y quedará sin efecto la inmovilización de todos aquellos bienes alemanes sometidos a la Ley de 17 de julio de 1945 y comprendidos en las disposiciones del Decreto-Ley de 23 de Abril de 1948, cesando de aplicarse en lo sucesivo, a los nacionales alemanes. No se aplicarán asimismo, las disposiciones penales contenidas en dichas leyes.
2. — Se dispondrá el libre sobreseimiento de todos los procedimientos pendientes instruidos en aplicación del mencionado Decreto-Ley.
3. — Quedará derogada la prohibición de transferir la propiedad de los bienes alemanes enajenados en aplicación del Decreto-Ley de 23 de abril de 1948 a personas naturales o jurídicas de nacionalidad alemana, aplicándoseles la legislación general española.

Artículo 2.º

Los derechos de propiedad industrial y las solicitudes de inscripción de los mismos, de personas naturales o jurídicas alemanas y españolas serán rehabilitados de acuerdo con las disposiciones contenidas en un Convenio especial concertado entre ambas Partes. Mediante el citado Convenio serán prorrogados, también, los plazos de prioridad previstos para la presentación de solicitudes de inscripción de derechos de propiedad industrial.

Artículo 3.º

El Gobierno español cederá, a título gratuito, al Gobierno de la República Federal de Alemania o a las personas jurídicas que éste designe, los inmuebles de propiedad alemana que hubieran sido transferidos al Estado español.

Artículo 4.º

1. — Las personas que el 21 de junio de 1948 tuvieran la nacionalidad española, recibirán, en lo que concierne a la legislación alemana sobre compensación de cargas, el mismo trato que el que se reconozca a los ciudadanos de la nación más favorecida.

2. — Recibirán el mismo trato las corporaciones, asociaciones de personas y patrimonios, obligadas al pago de derechos, conforme a la legislación alemana, y constituidas con arreglo al derecho español.

Artículo 5.º

Para evitar la doble imposición, en cuanto a las cargas que con carácter único afecten al patrimonio, con excepción de los impuestos sobre transmisión de bienes por herencia, se establece lo siguiente:

1. — Las personas naturales que el 21 de Junio de 1948 tuviesen la nacionalidad española y estuviesen domiciliadas o residiesen habitualmente en la República Federal de Alemania, no estarán sometidas a las cargas que con carácter único afecten a aquella parte de su patrimonio situado en España.

2. — Se entenderá por patrimonio, a los efectos del párrafo anterior, aquél que estuviere situado en España el 21 de Junio de 1948, siempre que consistiere en:

- a) bienes inmuebles, incluidas las instalaciones de cualquier clase establecidas al servicio de los mismos y cosas a ellos accesorias, aunque sean perfectamente transportables.
- b) derechos reales sobre inmuebles situados en territorio español.
- c) el patrimonio que estuviere al servicio directo de un establecimiento situado en España propiedad de una empresa mercantil o industrial.
- d) el patrimonio afecto al ejercicio de una profesión libre.
- e) derechos sobre bienes inmateriales registrados en España.
- f) acciones, cupones y demás títulos-valores, billetes de banco y otros bienes muebles.
- g) acciones emitidas por Sociedades con sede en España, aun cuando los títulos se encontrasen en la República Federal de Alemania el 21 de Junio de 1948.
- h) participaciones en Sociedades de responsabilidad limitada y en cooperativas, que el 21 de Junio de 1948 tuvieran su sede en España.
- i) créditos y saldos activos, incluidas las obligaciones, pagarés, letras de cambio y reclamaciones de seguros, siempre que el deudor tuviese su domicilio en España el 21 de Junio de 1948 y los créditos no estuviesen garantizados hipotecariamente sobre bienes inmuebles situados en la República Federal de Alemania.

3. — A los efectos del párrafo 2, letras e) hasta i) no se considerará como situado en España el patrimonio que el 21 de Junio de 1948 perteneciere a un establecimiento situado en la República Federal de Alemania, propiedad de una empresa mercantil o industrial.

4. — Siempre que en este Artículo se haga referencia a la República Federal de Alemania, se entiende incluido el Territorio de Berlín, más no el del Sarre. A los efectos de los párrafos 2.º y 3.º y para las personas sujetas a tributación, que el 21 de Junio de 1948 tuviesen su domicilio o residencia habitual en el Territorio de Berlín, regirá la fecha de 1.º de Abril de 1949, en vez de la de 21 de Junio de 1948, siempre que no existiese un balance en marcos alemanes (D.M.) abierto en esta última fecha.

Artículo 6.º

No se concederán los beneficios establecidos en los Artículos 4.º y 5.º, respecto a las cargas a que los mismos se refieren que ya estuvieran vencidos en la fecha de entrada en vigor del presente Convenio, sino mediante solicitud a instancia de parte, presentada en el plazo de tres años contados a partir de la misma fecha.

Artículo 7.º

1. — Los ciudadanos alemanes no estarán sometidos en España a imposición en cuanto a las cargas que con carácter único afecten al patrimonio, con excepción de los impuestos sobre transmisión de bienes por herencia, respecto a aquella parte de su patrimonio, situada en la República Federal de Alemania o en el Territorio de Berlín, aplicándose para la determinación de este patrimonio idénticos principios a los establecidos en los párrafos 2.º y 3.º del Artículo 5.º.

2. — El Gobierno español podrá, al finalizar cada año natural, a partir del 31 de Diciembre de 1970, denunciar lo convenido en el párrafo anterior.

Artículo 8.º

La interpretación y aplicación de las disposiciones a que se refieren los Artículos 4.º, 5.º y 6.º serán de la exclusiva competencia de las Autoridades administrativas y Tribunales alemanes conforme a la legislación sobre compensación de cargas y la del Artículo 7.º, párrafo 1.º, de la exclusiva competencia de las Autoridades y Tribunales españoles.

Artículo 9.º

1. — Las diferencias que pudieran surgir en la interpretación o aplicación del presente Convenio, serán resueltas por la autoridad competente de ambos países, y a falta de acuerdo, y salvo lo dispuesto en el artículo 8, se someterán a un procedimiento de conciliación.

2. — La Comisión de conciliación se compondrá de cinco miembros, nombrados dos por cada parte. El Presidente, que será nacional de un tercer Estado, será designado de común acuerdo por ambas Partes. La Comisión de conciliación tendrá por cometido solventar las dificultades que sobre la interpretación o aplicación del Convenio no hayan sido resueltas de común acuerdo.

Dicha Comisión someterá a la aceptación de las partes la propuesta que en orden a la interpretación o aplicación del Convenio estime como más ajustada a los principios que informan éste. Si las Partes no aceptaran la propuesta de la Comisión de conciliación, la diferencia será sometida a la decisión de un Tribunal arbitral.

3. — Este Tribunal se constituirá para cada caso, mediante el nombramiento por cada Parte de un árbitro. Estos, a su vez de común acuerdo, designarán el Presidente que ha de ser nacional de un tercer Estado. Si a partir de la fecha de presentación de la instancia no se hubieren nombrado los árbitros en un plazo de dos meses, ni el Presidente en el de tres, cualquiera de ambas Partes podrá dirigirse al Presidente del Tribunal Internacional de Justicia, rogándole proceda a efectuar los oportunos nombramientos. Si el Presidente de este último Tribunal tuviese la nacionalidad de una de las Partes o se hallare inhabilitado por cualquier otra causa, los referidos nombramientos serán efectuados por la persona que lo sustituyere.

4. — El Tribunal arbitral decidirá por mayoría. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Parte sufragará los gastos correspondientes a su árbitro nacional, abonándose los demás gastos a partes iguales. El Tribunal arbitral fijará su propio procedimiento.

Artículo 10.º

El presente Convenio se aplicará igualmente al territorio de Berlín, a no ser que el Gobierno de la República Federal de Alemania declare lo contrario, en comunicación dirigida al Gobierno de España dentro del plazo de tres meses contados a partir de la fecha de entrada en vigor.

Artículo 11.º

1. — El presente Convenio será objeto de ratificación. Los Instrumentos de ratificación se canjearán lo antes posible en Bonn a la vez que los Instrumentos de ratificación del Convenio entre España y la República Federal de Alemania para la rehabilitación de derechos de propiedad industrial.

2. — El presente Convenio entrará en vigor un mes después de la fecha del Canje de Instrumentos de ratificación.

EN TESTIMONIO DE LO CUAL los Ministros que suscriben, autorizados al efecto, firman y sellan el presente Convenio, en dos ejemplares en lenguas española y alemana, haciendo fe ambos textos, en Madrid, a ocho de Abril de mil novecientos cincuenta y ocho.

Por
España
firmado:

Fernando Castiella

Por la
República Federal de Alemania
firmado:

von Brentano

Protocolo Adicional

EL GOBIERNO DE ESPAÑA

por una parte,

y

EL GOBIERNO
DE LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA,

por otra,

en adición al "Convenio sobre ciertos efectos de la Segunda Guerra Mundial" suscrito en el día de hoy, convienen lo siguiente:

Como ampliación al artículo 4.º, párrafo 2.º del "Convenio sobre ciertos efectos de la Segunda Guerra Mundial" se entiende que lo que en el mismo se dispone es igualmente aplicable a las corporaciones, asociaciones de personas y patrimonios obligadas al pago de derechos conforme a la legislación alemana y constituidas según el derecho alemán, en las cuales las personas a que se refiere el artículo 4.º, párrafo 1.º, o las corporaciones, asociaciones de personas y patrimonios antes citadas, hubiesen tenido, tanto en 21 de junio de 1948 como en 8 de mayo de 1945, bien directamente o bien a través de otras sociedades, una participación, por lo menos análoga, a la que, en el caso de la nación más favorecida se requiera como condición previa para la concesión de los privilegios establecidos en la legislación alemana sobre compensación de cargas.

EN TESTIMONIO DE LO CUAL los Ministros que suscriben, debidamente autorizados al efecto, lo firman en dos ejemplares, en lenguas española y alemana, haciendo ambos fe, en Madrid a ocho de abril de mil novecientos cincuenta y ocho.

Por
España
firmado:

Fernando Castiella

Por la
República Federal de Alemania
firmado:

von Brentano

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN SPAIN AND THE FEDERAL REPUBLIC OF
GERMANY CONCERNING CERTAIN CONSEQUENCES OF THE
SECOND WORLD WAR

Spain and the Federal Republic of Germany,

Considering the advisability of putting an end to the situation that arose as a consequence of the Second World War with respect to certain items of German property situated in Spain and of regulating the application to Spanish nationals of the German law on the equalization of wartime burdens, in order to promote friendly relations between the two States,

Bearing in mind the Protocol and related annexes under which the Government of Spain, on the one hand, and the Governments of the United States of America, France, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, on the other, have definitively annulled the Agreement of 10 May 1948,

Have agreed as follows:

Article 1

From the date on which this Treaty comes into force,

1. The freeze imposed on all German assets that were subject to the Law of 17 July 1945 and covered by the provisions of the Decree Law of 23 April 1948 shall be lifted and remain without effect, and shall cease to apply to German nationals. The criminal provisions of those laws shall also cease to apply.

2. All pending proceedings instituted under the Decree Law of 23 April 1948 shall be dismissed.

3. The prohibition on transferring to German natural persons or legal entities ownership of any German property alienated under the Decree Law of 23 April 1948 shall be lifted. The provisions of general Spanish law shall apply in this respect.

Article 2

The industrial property rights of German and Spanish natural persons or legal entities, and applications to register such rights, shall be restored in accordance with the provisions of a special Agreement between the Contracting Parties. Furthermore, the periods of priority for submitting applications to register industrial property rights shall be extended under the same Agreement.

Article 3

The Spanish Government shall cede free of charge, to the Government of the Federal Republic of Germany, or to such legal entities as it may designate, any German-owned immovable property that had been transferred to the Spanish State.

Article 4

1. Persons who were Spanish nationals on 21 June 1948 shall, in respect to German legislation on the equalization of burdens, receive the same treatment as that accorded to citizens of the most-favoured nation.

2. Corporations, associations of persons and property that are taxable under German legislation and that have been established in accordance with Spanish law shall be accorded the same treatment.

Article 5

The following provisions have been established to avoid double taxation with respect to one-time property taxes, with the exception of taxes on inherited property:

1. Natural persons who were Spanish nationals on 21 June 1948 and who were domiciled, or whose habitual residence was in the Federal Republic of Germany shall not be subject to one-time taxes imposed on that part of their property situated in Spain.

2. For the purposes of the previous paragraph, the term "property" shall be understood to refer to property that was situated in Spain on 21 June 1948, provided that it consisted of:

- (a) immovable property, including equipment of any kind set up for its use, as well as any accessory items, even if they are easily transportable;
- (b) property rights on immovable property situated on Spanish territory;
- (c) property used directly by an establishment situated in Spain and owned by a commercial or industrial enterprise;
- (d) property used for the exercise of a private profession;
- (e) property rights on intangibles registered in Spain;
- (f) shares, certificates, and other securities; banknotes; and other movable assets;
- (g) shares issued by companies headquartered in Spain, even if such securities were situated in the Federal Republic of Germany on 21 June 1948;
- (h) shares in limited liability companies and in cooperatives that were headquartered in Spain on 21 June 1948;
- (i) loans and credit balances, including bonds, promissory notes, bills of exchange and insurance claims, provided that the debtor was domiciled in Spain on 21 June 1948 and that the loans were not secured by mortgages on immovable assets in the Federal Republic of Germany.

3. For the purposes of paragraph 2, subparagraphs (e) to (i), property that belonged, on 21 June 1948, to an establishment situated in the Federal Republic of Germany and owned by a commercial or industrial enterprise shall not be regarded as situated in Spain.

4. Insofar as this article refers to the Federal Republic of Germany, Land Berlin is included, but not Saarland. For the purposes of paragraphs 2 and 3, the date 1 April 1949, not 21 June 1948, shall apply in the case of taxable persons who, on 21 June 1948, were domiciled, or had their habitual residence in Land Berlin, provided that there was no open balance denominated in German Marks on that date.

Article 6

With respect to any taxes referred to in articles 4 and 5 that are already payable when this Agreement enters into force, the benefits provided for in those articles shall be awarded only upon request. Such requests must be made within three years of the date this Agreement enters into force.

Article 7

1. German nationals shall not be subject to taxes in Spain for one-time property taxes, except in the case of inherited property, with respect to that part of their property situated in the Federal Republic of Germany or in Land Berlin. Such property shall be determined according to the principles set out in article 5, paragraphs 2 and 3.

2. The Spanish Government may, at the end of any calendar year, as from 31 December 1970, denounce the provisions of the above paragraph.

Article 8

The interpretation and application of the provisions of articles 4, 5 and 6 shall be the exclusive responsibility of the German administrative authorities and courts in accordance with the legislation on the equalization of burdens. The interpretation and application of article 7, paragraph 1, shall be the exclusive responsibility of the Spanish administrative authorities and courts.

Article 9

1. Any dispute arising over the interpretation or implementation of this Agreement shall be resolved by the competent authorities of the two countries. If no agreement is reached, subject to the provisions of article 8, it shall be submitted to a conciliation procedure.

2. The conciliation commission shall comprise five members, including two from each Contracting Party. The President shall be a national of a third State and shall be appointed by mutual agreement between the two Parties. The commission shall be charged with resolving any difficulties concerning the interpretation or implementation of the Agreement that have not been resolved by mutual agreement.

The commission shall submit to the parties the proposal for interpretation or implementation of the Agreement that it deems most consistent with the underlying principles of this Agreement. If the Parties do not accept the conciliation commission's proposal, the dispute shall be submitted to an arbitral tribunal for its decision.

3. The arbitral tribunal shall be established on a case-by-case basis; each Contracting Party shall appoint one arbitrator. They, in turn, by mutual agreement shall designate the President, who shall be a national of a third State. If the arbitrators have not been appointed within two months or - in the case of the President within three months - of the date on which notification of the case is given, either Party may ask the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either Contracting Party, or is disqualified for any other reason, the appointments shall be made by his or her deputy.

4. The arbitral tribunal shall take its decision by a majority of votes and its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall defray the expenses of its own arbitrator; the remaining expenses shared equally by the Contracting Parties. The tribunal shall determine its own procedures.

Article 10

This Agreement shall also apply to Land Berlin, unless the Government of the Federal Republic of Germany notifies the Government of Spain to the contrary, within three months of the date the Agreement enters into force.

Article 11

1. This Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged at Bonn as soon as possible, together with the instruments of ratification for the Agreement between Spain and the Federal Republic of Germany for the restoration of industrial property rights.

2. This Agreement shall enter into force one month after the date on which the instruments of ratification are exchanged.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Ministers have hereby signed this Agreement and affixed their seal thereto.

DONE at Madrid, on 8 April 1958, in duplicate, in the Spanish and German languages, both texts being equally authentic.

For Spain:

FERNANDO CASTIELLA

For the Federal Republic of Germany:

VON BRENTANO

ADDITIONAL PROTOCOL

The Government of Spain, on the one hand,

and

The Government of the Federal Republic of Germany, on the other,

in supplement to the Agreement between Spain and the Federal Republic of Germany concerning certain consequences of the Second World War, signed this day, have agreed as follows:

As a supplement to article 4, paragraph 2, of the Agreement "concerning certain consequences of the Second World War", it shall be understood that the provisions of the said paragraph shall also apply to corporations, associations of persons and property that are subject to taxes under German law and established under German law, in which the persons referred to in article 4, paragraph 1, or the aforementioned corporations, associations of persons and property held, as of 21 June 1948 and 8 May 1945, whether directly or through other companies, a share at least equal to that which, in the case of the most-favoured nation, is required as a precondition for the granting of the privileges established in German law on the equalization of burdens.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Ministers, duly authorized for that purpose, have hereby signed this Additional Protocol.

DONE at Madrid, on 8 April 1958, in duplicate, in the Spanish and German languages, both texts being equally authentic.

For Spain:

FERNANDO CASTIELLA

For the Federal Republic of Germany:

VON BRENTANO

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

CONVENTION ENTRE L'ESPAGNE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIVE À CERTAINES CONSÉQUENCES DE LA SECONDE GUERRE MONDIALE

L'Espagne et la République fédérale d'Allemagne,

Considérant qu'il est opportun de mettre fin à la situation de certains biens allemands se trouvant en Espagne qui résulte de la Seconde Guerre mondiale, et de contrôler l'application de la législation allemande relative au dédommagement des charges de guerre aux ressortissants espagnols, afin d'entretenir les relations d'amitié entre les deux États,

Ayant à l'esprit le Protocole et ses annexes, par lesquels le Gouvernement de l'Espagne d'une part, et ceux des États-Unis d'Amérique, de la France et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, d'autre part, ont statué définitivement sur la Convention du 10 mai 1948,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

À compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention :

1. L'immobilisation de tous les biens allemands assujettis à la loi du 17 juillet 1945 et couverts par les dispositions du décret-loi du 23 avril 1948 est levée et privée de tout effet; elle cesse de s'appliquer aux ressortissants allemands. De même, les dispositions répressives contenues dans ces deux textes ne sont plus applicables.

2. Toutes les procédures en cours engagées en application du décret-loi susmentionné font l'objet d'un non-lieu.

3. L'interdiction de transférer la propriété des biens allemands aliénés en application du décret-loi susmentionné à des personnes physiques ou morales de nationalité allemande est levée; la législation générale espagnole leur est applicable.

Article 2

Les droits de propriété industrielle et les demandes d'enregistrement de ces droits émanant de personnes physiques ou morales allemandes et espagnoles reprennent effet selon les dispositions figurant dans une convention spéciale conclue entre les deux parties. Ladite convention proroge les délais de présentation des demandes d'enregistrement de droits de propriété industrielle.

Article 3

Le Gouvernement espagnol cède gratuitement au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ou aux personnes morales désignées par celui-ci les immeubles de propriété allemande qui ont été transférés à l'État espagnol.

Article 4

1. En ce qui concerne la législation allemande relative au dédommagement au titre des charges, les personnes qui avaient la nationalité espagnole au 21 juin 1948 bénéficient du même traitement que les citoyens de la nation la plus favorisée.

2. Le même traitement s'applique aux sociétés et associations de personnes et de patrimoines de droit espagnol assujetties au paiement de droits par la législation allemande.

Article 5

Afin d'éviter la double imposition à raison des charges qui grèvent exclusivement le patrimoine, à l'exception des droits de succession, il est établi ce qui suit :

1. Les personnes physiques qui, au 21 juin 1948, avaient la nationalité espagnole et étaient domiciliées ou résidaient habituellement en République fédérale d'Allemagne ne sont pas assujetties aux charges qui concernent uniquement la partie de leur patrimoine sise en Espagne.

2. Aux fins de l'application du paragraphe précédent, le terme " patrimoine " s'entend de tout bien qui se trouvait en Espagne au 21 juin 1948, pour autant qu'il s'agisse :

- a) De biens immeubles, y compris les installations de toute nature desservant ces biens et leurs accessoires, même s'ils sont parfaitement transportables;
- b) De droits réels attachés à des immeubles sis en territoire espagnol;
- c) D'un patrimoine directement au service d'un établissement sis en Espagne appartenant à une entreprise commerciale ou industrielle;
- d) D'un patrimoine utilisé aux fins de l'exercice d'une profession libérale;
- e) De droits sur des biens immatériels enregistrés en Espagne;
- f) D'actions, coupons et autres titres, billets de banque et autres valeurs mobilières;
- g) D'actions émises par des sociétés dont le siège est en Espagne, même si les titres se trouvaient en République fédérale d'Allemagne au 21 juin 1948;
- h) De parts de sociétés à responsabilité limitée et de coopératives qui avaient leur siège en Espagne au 21 juin 1948;
- i) De crédits et soldes créditeurs, y compris les obligations, billets à ordre, lettres de change et créances sur des compagnies d'assurance, pourvu que le débiteur ait été domicilié en Espagne au 21 juin 1948 et que les emprunts n'aient pas été garantis par une hypothèque prise sur des biens immeubles sis en République fédérale d'Allemagne.

3. Aux fins des alinéas e) à i) du paragraphe 2, le patrimoine qui, au 21 juin 1948, appartenait à l'établissement sis en République fédérale d'Allemagne d'une entreprise commerciale ou industrielle n'est pas considéré comme se trouvant en Espagne.

4. Toute mention de la République fédérale d'Allemagne dans le présent article couvre le territoire de Berlin mais non la Sarre. Aux fins des paragraphes 2 et 3, dans le cas des personnes passibles de l'impôt qui, au 21 juin 1948, avaient leur domicile ou leur résidence habituelle sur le territoire de Berlin, la date du 1er avril 1949 prévaut sur celle du 21 juin 1948 pourvu qu'aucun compte en marks allemands (DM) n'ait été ouvert avant cette dernière date.

Article 6

En ce qui concerne les charges visées aux articles 4 et 5 déjà échues à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, les exonérations prévues aux articles 4 et 5 ne sont accordées que sur requête présentée dans les trois ans suivant cette date.

Article 7

1. En ce qui concerne les charges grevant uniquement le patrimoine, non compris les droits de succession, les citoyens allemands ne sont pas assujettis à l'impôt en Espagne pour la partie de leur patrimoine sise en République fédérale d'Allemagne ou sur le territoire de Berlin, ce patrimoine étant déterminé selon les principes établis aux paragraphes 2 et 3 de l'article 5.

2. À compter du 31 décembre 1970, le Gouvernement espagnol peut, à la fin de chaque année civile, dénoncer le contenu du paragraphe précédent.

Article 8

L'interprétation et l'application des dispositions envisagées aux articles 4, 5 et 6 relèveront de la compétence exclusive des autorités administratives et des tribunaux allemands, conformément à la législation relative au dédommagement au titre des charges, et celles de la disposition du paragraphe 1 de l'article 7, de la compétence exclusive des autorités et tribunaux espagnols.

Article 9

1. Les autorités compétentes des deux pays résolvent les divergences susceptibles d'apparaître dans l'interprétation ou l'application de la présente Convention. Faute d'accord, et sous réserve de l'article 8, ces divergences font l'objet d'une procédure de conciliation.

2. La Commission de conciliation se compose de cinq membres, chaque partie en nommant deux. Le Président, qui est ressortissant d'un État tiers, est désigné d'un commun accord par les deux parties. La Commission de conciliation résout les problèmes soulevés par l'interprétation ou l'application de la présente Convention qui n'ont pas été résolus de gré à gré.

La Commission soumet à l'agrément des deux parties la proposition qu'elle juge la plus proche des principes qui inspirent la présente Convention en ce qui concerne l'interprétation ou l'application de celle-ci. Si les parties rejettent cette proposition, un tribunal d'arbitrage doit trancher.

3. Un tribunal d'arbitrage est constitué pour chaque différend. Deux juges-arbitres sont nommés par les parties; ils désignent à leur tour, d'accord entre eux, le Président, qui doit être ressortissant d'un État tiers. Si dans les deux mois qui suivent l'ouverture de l'instance les arbitres n'ont pas été nommés, ni le Président dans les trois mois, les parties peuvent demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux désignations nécessaires. Si le Président de la Cour internationale de Justice a la nationalité de l'une des parties ou s'il est empêché pour quelque raison, son remplaçant procède aux désignations.

4. Le tribunal d'arbitrage prend ses décisions à la majorité; ses sentences sont obligatoires. Chaque partie supporte les frais de son arbitre national, les autres frais sont répartis également. Le tribunal d'arbitrage détermine son propre mode de fonctionnement.

Article 10

La présente Convention s'applique également au territoire de Berlin, sauf si le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne en décide autrement et en avise le Gouvernement espagnol dans une communication transmise dans les trois mois à l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 11

1. La présente Convention est sujette à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Bonn dès que faire se pourra, en même temps que les instruments de ratification de la Convention entre l'Espagne et la République fédérale d'Allemagne visant le rétablissement des droits de propriété industrielle.

2. La présente Convention entre en vigueur un mois après la date d'échange des instruments de ratification.

En foi de quoi, les ministres soussignés, à ce dûment habilités, signent la présente Convention en deux exemplaires originaux en espagnol et en allemand, les deux textes faisant également foi, à Madrid, le huit avril mil neuf cent cinquante-huit.

Pour l'Espagne :

FERNANDO CASTIELLA

Pour la République fédérale d'Allemagne :

VON BRENTANO

PROTOCOLE ADDITIONNEL

Le Gouvernement d'Espagne, d'une part,

et

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, d'autre part,

Sont convenus de ce qui suit en plus de la Convention relative à certaines conséquences de la Seconde Guerre mondiale adoptée ce jour :

Afin d'élargir le paragraphe 2 de l'article 4 de la Convention relative à certaines conséquences de la Seconde Guerre mondiale, les dispositions de ladite Convention s'appliquent également aux sociétés et aux associations de personnes et de patrimoines de droit allemand que la législation allemande soumet au paiement de droits et dans lesquelles les personnes visées au paragraphe 1 de l'article 4 et les sociétés ou associations de personnes et de patrimoines mentionnées ci-dessus détenaient, aussi bien au 21 juin 1948 qu'au 8 mai 1945, directement ou à travers d'autres sociétés, une participation au moins analogue à celle qui, dans le cas de la nation plus favorisée, ouvre droit à l'octroi des avantages prévus par la législation allemande relative au dédommagement au titre des charges.

En foi de quoi les ministres soussignés, à ce dûment habilités, signent le présent Protocole additionnel en deux exemplaires originaux en espagnol et en allemand, les deux langues faisant également foi, à Madrid, le huit avril mil neuf cent cinquante-huit.

Pour l'Espagne :

FERNANDO CASTIELLA

Pour la République fédérale d'Allemagne :

VON BRENTANO

